



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0866890

P/XIII/104 - 8. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |  |    |
|-------|--|----|
| 1 - 2 | Verschlungene Wege zur "Gipfel"<br>Die NATO-Konferenz in Kopenhagen und Moskaus neue Vorschläge              | 76 |
| 3 - 4 | Griechenland an einer Wende?<br>Von unserem Balkankorrespondenten Dr. Basil Katiopoulos                      | 70 |
| 5     | Atomare Verharmlosungs-Kampagne<br>Bezeichnende Deutung eines CDU-Juristen                                   | 47 |
| 6 - 7 | Aufgabe noch nicht erfüllt<br>Zum 5. Deutschen Studententag in Karlsruhe<br>Von stud.jur. Dieter Bielenstein | 79 |

\* \* \* \* \*

### Verschlungene Wege zum "Gipfel"

G.M. Die dreitägige Außenministerkonferenz der NATO-Mitgliedsstaaten in Kopenhagen hinterlässt - nach dem Abschlusskommuniqué zu urteilen - kaum den Verdacht, dass die westlichen Alliierten bereit sind, neue Ideen zur notwendigen Entspannung des Ost-West-Verhältnisses zu produzieren. Trotzdem haben die NATO-Mitglieder ihren Willen zur gründlichen Vorbereitung und Einberufung einer "Gipfelkonferenz" kundgetan. Sie sind allerdings entschlossen, auf die Diskussion über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu verzichten und haben damit zu verstehen gegeben, dass sie kaum etwas Wesentliches an dem schon üblich gewordenen politischen und militärischen Status-quo-Denken zu ändern beabsichtigen. Das heisst also: Man wünscht zwar Verhandlungen mit den Russen, verweist aber nachdrücklich auf die "Politik der Stärk

Die Russen hatten es dem Westen bis Mittwoch nicht schwer gemacht, diese Haltung auch in Kopenhagen wieder zu bekräftigen. Moskaus markwürdiges Manöver im Sicherheitsrat der UNO, die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages zur Kontrolle der Arktis und ihr ebenfalls bei jeder Gelegenheit zur Schau gestelltes Status-quo-Denken boten dem Westen eine nur geringe Manövriertfähigkeit. Vermerkt sei allerdings, dass die Sowjets vor der Weltöffentlichkeit mit ihrem Beschluss der einseitigen Einstellung der Atomwaffenversuche im Tauschen um das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz mindestens propagandistisch immer noch ein Plus haben. Umso bedauerlicher ist es, dass dem Westen nichts Besseres in Kopenhagen einfiel, als die Vorweihnachtszeremonie der NATO in Paris zu wiederholen.

Der in dem Abschlusskommuniqué der Kopenhagener NATO-Tagung erwähnte Wunsch, auch das Deutschland-Problem auf einer Gipfelkonferenz als einen der Hauptpunkte behandelt zu sehen, mag für uns beruhigend klingen. Man soll sich jedoch keiner Illusion hingeben und tunlichst vermeiden, die Erwähnung der Deutschlandfrage im Kopenhagener Kommuniqué wieder einmal als einen "Erfolg" der bundesrepublikanischen Außenpolitik darzustellen. Die Russen haben gerade in letzter Zeit oft genug gesagt, unter welchen Voraussetzungen sie möglicherweise bereit wären, dieses Thema wieder aufzugreifen. Zu diesen von den Russen genannten Voraussetzungen gehört das Eingehen auf den Rapacki-Plan, was gleichbedeutend mit der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa

und dem Rückzug ausländischer Truppen aus der Bundesrepublik, der sogenannten DDR, Polen und der Tschechoslowakei wäre. Kurz vor Beginn der Kopenhagener Konferenz haben die Amerikaner offiziell und ausdrücklich erklärt, sie lehnten den Rapacki-Plan ab. Damit sind wir wieder beim Status quo, und noch so schöne Hinweise auf die Notwendigkeit der Lösung des Deutschland-Problems dürfen uns über diesen Tatbestand nicht hinwegtäuschen.

Aber fast zur gleichen Stunde, da die Kopenhagener Konferenz abgeschlossen wurde, hat man in London neue Moskauer Themenvorschläge für die Gipfelkonferenz veröffentlicht. Ausser den von Moskau schon mehrfach vorgebrachten Wünschen - sofortiges kontrolliertes Verbot aller Atomwaffenversuche, Verminderung der ausländischen Truppen in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone sowie im Gebiet der NATO und des Warschauer Paktes - enthält die Sowjetnote den uns Deutsche besonders interessierenden Vorschlag, über ein begrenzttes Schutzsystem gegen Überraschungsangriffe in Teilen Mitteleuropas beiderseits des Eisernen Vorhanges einschliesslich der Einrichtung einer Boden- und Luftinspektion zu diskutieren.

Hier wird zum ersten Mal seit langer Zeit wieder der Kern des deutschen Sicherheits-Problems herausgeschält, der schon auf vielen internationalen Konferenzen beiseite geschoben wurde. Niemand hatte ihn aufgenommen, weil jeder glaubte, mit der "Politik der Stärke" könne man besser fahren. Diese "Politik der Stärke" hat aber die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft und die Lösung der deutschen Frage immer komplizierter gemacht. Wenn Worte einen Sinn haben, dann könnte der sowjetische Vorschlag - zusätzlich zum Rapacki-Plan, der natürlich auch wieder im Katalog steht - ein Versuch sein, eine regional begrenzte, kontrollierte Sicherheitszone zu schaffen, in der die Deutschen auch selbst die Möglichkeit haben sollen, sich gegen Überraschungsangriffe zu sichern.

Die Beweglichkeit der "sturen" Russen ist erstaunlich, und mancher westliche Diplomat könnte hiervon etwas lernen. Es scheint so, als ob der Westen buchstäblich eine Minute nach Abschluss der Kopenhagener NATO-Konferenz jetzt vor die Aufgabe gestellt ist, seine Dispositionen zu überarbeiten. Falsch wäre es sicher, wenn er den sowjetischen Vorschlägen nur das Schlagwort "Propaganda" entgegenhalten würde.

Die beiden Vorgänge - die NATO-Tagung in Kopenhagen und die in London jetzt veröffentlichten Moskauer Vorschläge für eine Gipfelkonferenz - zeigen, wie sehr in der internationalen Politik gerade jetzt vieles im Fluss ist und wie verschlungen die zum "Gipfel" führenden Wege sind. Sie zeigen aber auch, wie falsch es wäre, im Status-quo-Denken zu verharren.

### Griechenland an einer Wende?

Von unserem Balkankorrespondenten Dr. Basil Mathiopoulos

Dass die bevorstehenden griechischen Wahlen am 11. Mai in ihrer Bedeutung den nationalen Rahmen sprengen, lässt sich schon aus dem Tenor der Wahlreden erkennen, in denen die künftige aussenpolitische Orientierung temperamentvoll debattiert wird. Anfang März war die Regierung Karamanlis über den Vorwurf der Opposition gestolpert, ihre Politik in den aktuellsten Problemen der Nation entspräche in keiner Weise mehr dem Willen der Volksmehrheit. Die oppositionellen Kräfte - Liberale, Sozialisten und die Parteien der gemässigten und äussersten Linken - fordern eine unnachgiebige Taktik zur Lösung der leidigen Zypernfrage, eine strikte Ablehnung der Errichtung von Raketenab-schussrampen und insgesamt eine neutrale und selbständigere Aussen-politik, die in erster Linie den Interessen der Nation diene und dem Westen gegenüber nicht mehr so konzessionsbereit sei.

Andere Programmpunkte sind die Intensivierung der freundschaft-lichen Beziehungen zu Jugoslawien und der Ausbau des bedeutenden griechischen Faktors in den arabischen Ländern, wo sich Griechen der dort seit Jahrhunderten existierenden hellenischen Kolonien in gehö-rene Stellungen auf allen Gebieten vorarbeiten konnten. Als gemein-sames Anliegen nennen alle Parteien die Vertiefung des ausgezeich-neten Verhältnisses mit der Bundesrepublik, die nicht nur der grösste Import- und Exportpartner für die Griechen, sondern wegen der so wichtigen Kapitalinvestitionen von ausschlaggebender Bedeutung für die Industrialisierung des Landes ist.

Neben diesen Perspektiven darf man nicht die Schicksalsschläge vergessen, die die Griechen in den letzten Jahrzehnten erlitten, angefangen vom Balkankrieg, den beiden Weltkriegen, den vielen Mili-tärputschs, der Diktatur von 1936-40, der Besatzungszeit, den beiden kommunistischen Aufständen (1944 und 1946-49) bis zu der noch immer ungelösten Zypernfrage, die seit 1954 die Gemüter bewegt. All diese Ereignisse lassen verstehen, dass das Volk sich nach Ruhe und gesi-cherten Verhältnissen sehnt und nach einem günstigen Ausweg sucht.

Fünf Blocks bemühen sich um die notwendige Mehrheit zur nächsten Regierungsbildung: zwei konservativ und zwei fortschrittlich einge-stellte und die äusserste Linke. Die ursprünglich vereinten Rechts-kräfte, die sich 1952 unter Marschall Papagos zusammengeschlossen

hatten, nach dessen Tod unter Karamanlis als "Nationale Radikal-Union" fortbestanden und die Wahlen von 1956 gewannen, spalteten sich nach dem Sturz der Regierung durch das Wiederaufleben der alten konservativen Volkspartei, was sicher für Karamanlis ein Hemmschuh auf dem Weg zu neuer Macht bedeutet.

Die liberale Partei, inren Prinzipien entsprechend fortschrittlich eingestellt, macht durch ihr modernes Sozial- und Erziehungsprogramm von sich reden. Sie ist die ausgleichende Kraft zwischen den Rechts- und Linkparteien und betont vor allem die Aufrechterhaltung der demokratischen Institutionen, die durch die Kommunistenaufstände und die nachfolgende Gegenrevolution etwas in Vergessenheit geraten sind. Ihr Gründer Varizelos gilt als der größte Staatsmann Kaugriechenlands. Ihr jetziger Vorsitzender ist der ehemalige Ministerpräsident und bekannte Freund Deutschlands Papadreaou.

Die hoffnungsvollen und fortschrittlichsten politischen Kräfte des Landes haben sich im vierten Block zusammengesetzt, dem auch die Sozialisten angehören. Ihr Repräsentant ist der junge und dynamische Wirtschaftsexperte Markesias, der durch die radikalen Massnahmen im Ausland Aufsehen erregte, mit denen er als Wirtschaftsminister unter Papagos die Industrialisierung des Landes vorantrieb. Ihm gelang damals die Stabilisierung der griechischen Währung, und er ist zweifellos der Politiker, der mehr als alle anderen eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik anstrebt.

Allein im Wahlkampf marschiert die äusserste Linke, die 1951 nach Verbot der kommunistischen Partei in Griechenland als Fernorganisation gegründet wurde. Sie darf keineswegs unterschätzt werden, was die 11 % der Stimmen, die sie bei den letzten Wahlen errang, deutlich zeigen.

Grund für den Zusammenschluss der Parteien mit analogem Ziel ist das neue Wahlgesetz mit seinen Sperrklauseln, die offensichtlich eine Abdrosselung der kleineren Parteien bezwecken sollen. Demnach müssen Parteien, die keinen Kandidaten in der Direktwahl durchbekommen, wenigstens 25 % der Stimmen auf Landesebene auf sich vereinigen, um einen Vertreter ins Parlament entsenden zu können. Für verbündete Parteien beträgt diese Klausel sogar 40 %.

### Atomare Verharmlosungs-Kampagne

FB. Wenn man die gegenwärtigen Stellungnahmen der CDU/CSU vernimmt und sie mit dem Schluss-Kommuniqué der Kopenhagener NATO-Konferenz vergleicht, dann könnte man fast den Eindruck gewinnen, als wenn die atomare Aufrüstung der Bundeswehr von der Tagesordnung gestrichen worden ist. Früher war der Fahrplan für dieses Thema so, dass zunächst einmal die Vorstudie fertiggestellt werden müsse, dann die Verteidigungsminister eine Empfehlung aussprechen und schliesslich die Kopenhagener Ratstagung der NATO einen endgültigen Beschluss fassen würde. Im Anschluss-Kommuniqué heisst es zu diesem Punkt aber lediglich:

"Der Rat hat ausserdem seine Befriedigung über die Ergebnisse der kürzlich stattgefundenen Konferenz der Verteidigungsminister zum Ausdruck gebracht."

Nun ist es technisch sicher so, dass bis zur Kopenhagener Tagung die entsprechenden Studien noch nicht fertiggestellt worden waren. Auch die Ablehnung der atomaren Ausrüstung durch die nordischen Staaten hat eine Rolle gespielt. Es gibt aber auch sichere Informationen dafür, dass auf Grund der Wünsche der deutschen Delegation diese vage Formulierung gewählt worden ist, um die Stimmung in der Bundesrepublik gegen die atomare Bewaffnung nicht noch weiter zu verschärfen.

Aber auch im Hausgebrauch wird von den Vertretern der Regierungskoalition immer mehr so getan, als werde kaum noch etwas geschehen. Das beste Beispiel dafür ist die Rede, die am Mittwochabend der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, der CDU-Abgeordnete Matthias Hoogen, gehalten hat. In dieser Rede behauptet Hoogen:

"Die Mehrheit des Bundestages hat nämlich lediglich beschlossen, dass Spezialeinheiten der Bundeswehr die Möglichkeit erhalten sollen, an taktischen Atomwaffen für den Verteidigungsfall ausgebildet zu werden."

Das sagt ein Jurist! Ein Jurist, der doch besonders sorgfältig mit Texten umgehen sollte. In der Entschliessung der Regierungsparteien vom 25. März 1958 steht nämlich ganz etwas anderes. Dort heisst es wörtlich:

"In Übereinstimmung mit den Erfordernissen dieses Verteidigungssystems (gemeint ist die NATO - d.R.) und angesichts der Aufrüstung des möglichen Gegners müssen die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, dass sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen."

Man vergleiche einmal die Texte. Die Deutung, die man jetzt dem damaligen Beschluss unterschreiben will, ist einfach unwahr.

Aber das ist noch nicht das einzige Beispiel dieser Art. Die ganze Regierungspropaganda hat sich darauf eingestellt, die Bevölkerung einzulullen und ihr weiszumachen, dass es gar nicht so schlimm sei, was man wolle. Gegenüber diesen Kampagnen wird es Aufgabe der Opposition bleiben, weiterhin wachsam zu sein. Es geht eben nicht nur darum, dass einige Einheiten an Mehrzweckwaffen ausgebildet werden, sondern man hat mit der Entschliessung vom 25. März 1958 handfeste Fakten geschaffen. Strauss hat die Matadore bereits gekauft, und schon in diesem Monat beginnt die Ausbildung an atomaren Waffen. Auch das Kopenhagener Schlusskommuniqué kann in diesem Punkte nicht über den Ernst der Lage hinwegtäuschen.

Aufgabe noch nicht erfüllt

Von stud.jur. Dieter Bielenstein

"Das parlamentarische und bürokratische Tempo, das unser Staat bei der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik einzuschlagen bereit scheint, sollte uns zeigen, mit welcher Geschwindigkeit die Neugestaltung unserer Universitäten und Hochschulen materiell und finanziell zu erlangen sein könnte." Mit diesen Worten schloss der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Heinrich Wittneben, den 5. Deutschen Studententag in Karlsruhe, nachdem er die bisherigen Massnahmen der Wissenschaftsförderung hart kritisiert hatte. In Karlsruhe hatten vom 1. bis 4. Mai 700 Studenten aller westdeutschen Hochschulen die Probleme einer Hochschulreform diskutiert. Die sehr lebhaft in 30 Arbeitsgruppen geführten Gespräche ergaben eine Reihe konkreter Forderungen: Eine Vermehrung der Planstellen für Professoren, Dozenten und Assistenten, bessere materielle Ausstattung der Institute und Bibliotheken, die Einrichtung übersehbarer Arbeitsgruppen statt der bisherigen Kassenvorlesungen, eine politisch-sozialwissenschaftliche Grundorientierung aller Studenten und die Revision der Abschlussprüfungen.

In Karlsruhe wurde erneut der Versuch einer Bestandsaufnahme in allen Breiten unternommen. Wieder zeigte sich - belegt durch zahlreiche einzelne Beispiele - dass Wissenschaft, Lehre und Forschung nicht nur in materieller Bedrängnis sind, sondern in ihrer gesamten Entwicklung gehemmt werden. Der Vorsitzende des VDS zog daraus die Schlussfolgerungen: "Wenn das 'Blaue Gutachten' zur Hochschulreform 1948 vermerkte, dass die heutige Hochschule mit der Sozialumschichtung unserer Zeit nicht Schritt gehalten hat, so ist diese Behauptung für die Bundesrepublik nach wie vor gültig. Die daraus resultierenden Forderungen müssen aber gegenüber den restaurativen Tendenzen eindringlicher werden. Jeden möglichen Unterstellungen zum Trotz richten wir in staatspolitischer Verantwortung die eindringliche Mahnung an unsere Gesellschaft, die Vorläufigkeit und die mögliche Gefährdung allen Wohlstandes täglich vor Augen zu haben und sich nicht in falsche Sicherheit zu wiegen."

Nun sind diese Ergebnisse des 5. Deutschen Studententages wirklich nicht neu. In zahlreichen Gutachten, Dissertationen und Denkschriften waren die Fragen einer Reform der Universitäten in den letzten zehn Jahren bearbeitet. Die Parteien, die Bildungsträger wie Schulen und Volkshoch-

schulen und die wirtschaftlichen Interessengruppen haben ihre Forderungen gegenüber der Universität geltend gemacht. Während die Diskussion der notwendigen Reform durch die Hochschulen endlos verlängert wurde, haben einzelne dieser Gruppen - die Industrie durch den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft zum Beispiel - bereits in undurchsichtiger Form nachhaltiger Einfluss auf die Entwicklung der Hochschulen genommen.

Es wäre also an der Zeit gewesen, dass sich der VDS aus der Pfülle des vorliegenden Materials und der gut durchdachten Vorschläge einiges herausgreift und zu einem Schwerpunktprogramm einzelner politisch durchsetzbarer Forderungen umformt. Ein solches Sofortprogramm hätte man in Karlsruhe lautstark vertreten können mit dem Ziel, Bund und Länder in naher Zukunft zu konkreter Entscheidungen zu drängen. Stattdessen entschloss man sich wieder zu einer Grundsatzdiskussion, die den Notstand der Wissenschaft dokumentierte. Neben den eingangs erwähnten klaren Ergebnissen wurden durch die Studentenschaft auch viele verschwommene Bedenken und Ängstlichkeiten vor durchgreifenden Forderungen geltend gemacht. Worte wie "Standesbewusstsein des Akademikers" und "Wissenschaft weit jenseits der Politik" standen im Raum. Der Aufruf an die Bundesregierung und an die Länder, endlich zu handeln, wurde nicht dadurch glaubhafter, dass der Vorstand des VDS selbst erklärte, auf dem Studententag könne keine Entscheidung über Ziel und Methode der Hochschulreform im einzelnen getroffen werden.

Durch die Auswahl der Teilnehmer und die Form der Diskussionen war Vorsorge getroffen worden, dass die politische Unruhe und Besorgnis in der Studentenschaft nicht zum Zuge kam. Die Atomrüstung wurde in vielen Einzelgesprächen heftig diskutiert, doch die überwiegend ablehnende Haltung der Studententagsteilnehmer konnte nicht ihren politisch legitimen Ausdruck finden, da der Vorstand des VDS die Diskussionsleiter gebeten hatte, alle Entschliessungen zu vermeiden.

Die Studentenschaft hat ihre Aufgabe mit diesem Gespräch der 700 noch nicht erfüllt. Es war ein Beginn, der hoffen lässt, dass die notwendigen Entscheidungen für eine Erneuerung unserer Hochschulen im kommenden Jahr notfalls erzwungen werden. Dass von 500 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Bildungsinstitutionen nur 50 erschienen - meist nur zu einem kurzen Besuch - zeigt aber auch, dass die Not unserer Hochschulen in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen wurde.

Vor zehn Jahren stellte ein Ausschuss für Hochschulreformfragen fest, in dem auch die Vertreter der Parteien und der Wirtschaft mitarbeiteten: "Es ist unmöglich, neue politische Katastrophen zu vermeiden, wenn die Akademiker ihre menschliche Pflicht im Volkskörper nicht zu erfüllen lernen, und eine Hochschule, welche ihre Kraft dieser Aufgabe entzieht, muss erwarten, eines Tages nicht sachlichen Reformvorschlägen, sondern dem blinden Umsturz gegenüberzustehen."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel